

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

2/2019

EIDG. VOLKSABSTIMMUNG VOM 19. MAI 2019

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung

2 Milliarden da und 2 Milliarden dort

Der 12. Februar 2017 war ein schwarzer Tag für die rechtsbürgerliche Mehrheit und ein selten so sonniger für die Linke, denn die neoliberal ausgerichtete Reform des Unternehmenssteuergesetzes III wurde in der Volksabstimmung im Verhältnis 40:60 deutlich verworfen. Damit blieb die Schweiz aber die vom Ausland kritisierte Steueroase mit ihren Sonderbestimmungen für Multis und Holdings. Die Zeit drängte wegen des internationalen Drucks wo mit einer schwarzen Liste gedroht wurde, und daher lag bereits ein Jahr später die Steuervorlage 17 vor, das Nachfolgeprodukt zur Unternehmenssteuer III. Darin wurden die Argumente der Abstimmungssieger jedoch zu wenig berücksichtigt. Zur Überwindung der eingetretenen Blockade entstand dann im Schoss der Wirtschaftskommission des Ständerates eine in dieser Bedeutung selten erlebte gesetzgeberische Handlung mit der Idee, die Steuervorlage mit einer markanten sozialen Ergänzung abzufedern, und zwar mit einem jährlichen Zustupf an die AHV. Das so geschnürte Gesamtpaket fand die Zustimmung im Bundesrat und im Parlament. Die Grünen, die JUSO und weitere linke Kreise ergriffen dann das Referendum, und so kommt die AHV-Steuer-Vorlage nun am 19. Mai vors Volk.

Die AHV

Die Beiträge an die AHV-Kasse werden nach Annahme des Gesetzes um jährlich 2 Milliarden Franken erhöht. Finanziert wird das mit einer Prämienzunahme von 0,3% (Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 0,15%) und einem Bundesbeitrag von 800'000 Franken. Ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 6000 Franken müsste demnach mit einer um 9 Franken erhöhten Prämie rechnen. Dass der Zustupf nötig ist, beweisen die jüngsten Zahlen, weist doch die AHV-Rechnung 2018 ein Defizit von rund 2 Milliarden auf. Mit dem vorgesehenen Ausgleich sind erfreulicherweise die von rechtsbürgerlichen Politikern geforderten Rentenaltererhöhungen (Frauenrentenalter/Rente 67) vom Tisch. Langfristig sollte genügend Zeit zur Verfügung stehen, um im Blick auf die stete Zunahme der Anzahl Rentnerinnen und Rentner ausgewogene Stabilisierungsmassnahmen auszuloten und zu beschliessen.

Die Besteuerung der Unternehmergewinne

Weit komplexer ist dieser Teil der Vorlage. Schwierig ist die Transparenz vor allem aus dem Grund, weil es sich dabei um ein Bundesgesetz handelt, die Höhe der Besteuerung aber in den einzelnen Kantonen beschlossen wird. Das Ziel immerhin ist klar: Man will die Abwanderung ausländischer Unternehmen verhindern und wie bisher neue gewinnen. Die Kantone sehen darum Steuersenkungen vor oder haben

sie bereits beschlossen. Nun zur Rolle des Bundes:

- Der Beitrag aus der Bundessteuer an die Kantone wird um eine Milliarde erhöht.
- Die Dividendensteuer wird leicht erhöht
- International geächtete Steuerschlupflöcher werden eliminiert. Erlaubt sind nur noch die im Ausland anerkannten. Das sind Steuerabzüge auf Patenten und auf Forschungskosten.

Wie umschreibt der Bundesrat so harmonisch schön die Auswirkungen dieser Massnahmen? Werk- und Forschungsplatz werden gestärkt, der Wohlstand wird gefördert, ein international anerkanntes Steuersystem sichert den Unternehmensstandort Schweiz. Das Finanzdepartement schätzt übrigens die Gesamtkosten dieser Revision für Bund, Kantone und Gemeinden auf runde 2 Milliarden ein. Da die Kantone die Hauptbeteiligten sein werden, ist die Schätzung mit Vorsicht zu geniessen.

Pro und contra

Die Vorlage ist umstritten, die Gräben verlaufen quer durch Parteien und Verbände. Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz beschloss mit 148:68 die Ja-Parole. JUSO und verschiedene Frauengruppen plädierten für Ablehnung, die Frauen, weil sie in den Kantonen neue Sparrunden mit Sozialabbau befürchten. Die Gewerkschaften entschieden auf Stimmfreigabe. Bei der SVP ist der neoliberale Führungszirkel für Ablehnung, die Parteibasis eher für Zustimmung. Und so weiter. Und wir? Unbestritten sind die zwei Milliarden für die AHV. Christian Levrat, einer der Initianten aus dem Ständerat, äusserte sich euphorisch: «Von einer solchen Vorlage hat die Linke seit Jahren geträumt». Er meint damit auch die Finanzierung, denn die Erhöhung mittels Lohnprozenten ist sozialer als eine bei der Mehrwertsteuer. Dennoch haben linke Kreise das Referendum ergriffen und problemlos zustande gebracht. Begründet wird die Ablehnung mit ungenügenden Verbesserungen bei der Verhinderung von Steuerschlupflöchern und der zu geringen Erhöhung der Dividendensteuer, dem unseligen kantonalen Steuere Wettbewerb und dem noch unseligeren internationalen zu Lasten ärmerer Länder, welche beide mit der Vorlage nicht gestoppt werden. Kurz: Die Linke als Siegerin der letzten Abstimmung verpasse eine Chance, zum Beispiel die zum Durchsetzen einer schweizweiten Harmonisierung bei den Gewinnsteuern. Dazu nur das: Die Argumente stimmen. Ja oder nein? Die Vorlage ist ein Gesamtpaket mit zwei Elementen, die eigentlich nicht zusammen gehören. Die Befürworter heben den Kompromiss hervor als gut schweizerische Tugend. Unsere Empfehlung: Im Zweifel pro AHV. Also ein Ja. *Martin Jäggi*





Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht

Schweizer Schiesstradition nicht gefährdet

Die Schweiz will die Änderung der EU-Waffenrichtlinie im nationalen Recht umsetzen. Eine kleine Minderheit sieht durch die Gesetzesrevision jedoch die «Schweizer Schiesstradition» gefährdet. Die Gründe des Referendumskomitees sind schwer nachvollziehbar: Wer aus beruflichen Gründen oder als Sportschütze/Sportschützin ein Sturmgewehr braucht, wird dieses nach Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie weiterhin problemlos erhalten. Neu muss aber nachgewiesen werden, dass man die Waffe tatsächlich braucht.

Die SP begrüsst die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie aus folgenden Gründen:

PAROLEN Abstimmung vom 19. Mai 2019

Eidgenössische Vorlagen

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung **JA**
Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht **JA**

Kantonale Vorlagen

Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe **NEIN**
– Vorlage des Grossen Rates **NEIN**
– Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe» **JA**

Stichfrage: Kreuz unbedingt beim Volksvorschlag machen

Kommunale Vorlage

Kredit für den Ersatz der Zufahrtsbrücke zur ARA **NEIN**

Mehr Schutz vor Waffengewalt

Die Wahrscheinlichkeit von Suizid oder dass Dramen von häuslicher Gewalt tödlich enden, ist in Haushalten mit Schusswaffen deutlich höher als in Haushalten, in denen keine solchen verfügbar sind. Der Erwerb halbautomatischer Waffen muss deshalb zwingend an den Nachweis einer Sonderbewilligung geknüpft werden.

Kampf dem Waffenselbstbedienungsladen Schweiz

Die neue EU-Waffenrichtlinie sieht vor, dass alle wesentlichen Bestandteile halbautomatischer Waffen einzeln markiert, registriert und damit rückverfolgbar gemacht werden. Zieht die Schweiz nicht mit, droht sie zum Selbstbedienungsladen für Kriminelle, Terroristen und Paramilitärs aller Art zu werden.

Mehr Sicherheit für die Polizei – mehr Sicherheit für alle

Halbautomatische Waffen sind in den Waffenregistern der Kantone bis heute nur sehr lückenhaft registriert. Das erhöht das Risiko der Polizei, wenn sie an einen unbekannt Ort ausrücken muss und vermindert europaweit die Chance, mit solchen Waffen begangene Verbrechen aufklären zu können.

Keine Gefährdung des Schengen-Abkommens

Alle Schengen-Staaten müssen die EU-Waffenrichtlinie umsetzen, auch die Schweiz. Ein Nein würde aller Voraussicht nach zu einem automatischen Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum führen, mit allen negativen Auswirkungen für unsere Sicherheit, Wirtschaft und den Reiseverkehr.

Frauen tragen die Welt!

Und trotzdem ist ihre Arbeit – auch in der Schweiz – nicht gleich viel wert wie die der Männer. Sei dies in der Teilzeitarbeit oder in typischen Frauenberufen – wir wollen Lohngleichheit jetzt!

Das Gleichstellungsgesetz ist seit dem 1. Juli 1996 in Kraft. Trotzdem ist es in vielen weiteren Bereichen auch noch nicht umgesetzt. Deshalb legen die Frauen in der Schweiz ihre Arbeit am 14. Juli 2019, um 15.30 Uhr, nieder.

FRAUEN VON LANGNAU MACHT MIT BEIM FRAUENSTREIK! UMZUG DURCH LANGNAU

Freitag, 14. Juni 2019, Treffpunkt 15.30 Uhr, beim Pärkli vor den Regierungstatthalteramt.

Bei Fragen wendet euch an: Renate Strahm, 079 514 62 09, renaete.strahm@gmx.ch

FRAUEN*STREIK
14. Juni 2019
**LOHN.
ZEIT.
RESPEKT.**
www.14juni.ch
SGRUBS

Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe

Ja zum Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe

Am 19. Mai 2019 entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons Bern über eine Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz). Sie haben über zwei Varianten zu befinden, über die Vorlage des Grossen Rates und über einen Volksvorschlag. Mit der Vorlage des Grossen Rates sollen die Ansätze für den Grundbedarf in der Sozialhilfe um 8% gesenkt werden. Wir sagen NEIN zu dieser menschenunwürdigen Kürzung der Sozialhilfe.

Viele Gründe sprechen für den Volksvorschlag: Die Sozialhilfe im Kanton Bern soll nach den bürgerlichen Polithaudegen um 8% gekürzt werden. Diese Einsparungen hätten gravierende Folgen für die Betroffenen. Die tieferen Ansätze würden kaum zum Leben reichen. So stehen einer vierköpfigen Familie für die Ernährung noch ganze fünf Franken pro Tag und Person zur Verfügung. Die vom Grossen Rat beschlossenen Kürzungen betreffen vor allem Kinder und Jugendliche, welche schon heute einen Drittel der unterstützten Personen in der Sozialhilfe ausmachen.

Armut statt Arme bekämpfen

In der Bundesverfassung steht, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Mit der Sozialhilfekürzung um 8% werden aber die Armen bekämpft und mehr Armut geschaffen. Wer über 50 Jahre alt ist

und arbeitslos wird, läuft Gefahr, sozial sehr tief zu fallen. Der Volksvorschlag will das verhindern. Die Idee orientiert sich an einem Konzept der Schweizerischen Konferenz der Sozialhilfe (SKOS): Ältere Arbeitslose, die mindestens zwanzig Jahre gearbeitet haben, sollen nicht mehr ausgesteuert werden, sondern weiterhin Arbeitslosengeld erhalten, allerdings deutlich weniger als während der ersten zwei Jahre.

Kosten nachhaltig senken

Sinnvoller ist es die Sozialhilfe richtig zu reformieren, was mittel- und langfristig zu tieferen Kosten führt und vor allem auch den bedürftigen Personen wirklich hilft. Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe», welchem auch die SP und Gewerkschaften angehören, stellt deshalb der Sozialhilfegesetzrevision einen Volksvorschlag gegenüber: Wer wirklich Kosten senken will, muss nicht die Beiträge kürzen, sondern mehr Menschen aus der Sozialhilfe herausholen. Dazu braucht es mehr Arbeitsplätze und gute Weiterbildungsangebote.

Respektvoller Umgang mit älteren Arbeitslosen

Wer nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos wird und vorher lange gearbeitet hat, soll nicht mehr nach den Ansätzen für die Sozialhilfe unterstützt werden. Stattdes-

sen sollen diese Personen Leistungen gemäss den Bestimmungen über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erhalten. So werden sie würdig behandelt, vor Altersarmut geschützt und werden nicht gezwungen, kurz vor der Pensionierung ihr Vermögen aufzubrauchen. Das neue Niveau läge auf der Höhe von Ergänzungsleistungen – und damit deutlich über der Sozialhilfe. Die Differenz betrüge mehrere Hundert Franken. Wer lange gearbeitet hat und nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos wird, soll nicht mehr auf das Sozialamt gehen müssen, sondern Ergänzungsleistungen erhalten.

Unterstützungsleistungen gemäss schweizweit anerkannten Ansätzen

Unterstützungsleistungen in der Sozialhilfe sollen sich nach den SKOS-Richtlinien richten, welche schweizweit anerkannt sind. Dies ermöglicht allen Sozialhilfebeziehenden ein würdevolles Leben. Der Grosse Rat empfiehlt den Volksvorschlag zur Ablehnung. Bei der Stichfrage empfiehlt der Grosse Rat der Vorlage des Grossen Rates den Vorzug zu geben. Lehnen die Stimmberechtigten in der Abstimmung beide Varianten ab, gilt weiterhin das heutige Gesetz. Die SP und Gewerkschaften sagen klar JA zum Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe und Nein zur Kürzung der Sozialhilfe. Stefan Wüthrich, Gewerkschaft Unia

Kommunale Abstimmung über den Kredit für den Ersatz der Zufahrtsbrücke zur ARA

Funktionierende Infrastruktur nicht vorzeitig ersetzen

Die Zufahrtsbrücke zur ARA im Eyschache wurde 1964 gebaut und 1994 generalüberholt. Im Jahre 2012 bestätigte eine Zustandsanalyse der Firma Kissling + Zbinden AG, dass sich der Zustand der Brücke seit 1994 nicht wesentlich verschlechtert habe und dass bei regelmässigem Unterhalt sich der Gesamtzustand auch nur sehr langsam verschlechtern würde. Allerdings könne die Brücke nur mit maximal 30 Tonnen befahren werden (Zur Erinnerung: In der Schweiz wurde im Jahr 2000 auf Druck der EU das Höchstgewicht für Lastwagen von 28 auf 40 Tonnen angehoben).

Diese Gewichtsbeschränkung auf einer Brücke, die ein Industriegebiet erschliesst (AVAG, ARA, Blumen Berger AG), führte 2013 zu einem Kreditantrag im GGR: Für Fr. 617'000.- sollte die alte ARA-Brücke verstärkt werden, damit sie auch von 40-Tönnern befahren werden kann. Die Vorlage führte im GGR zu ungewöhnlich heftigen Diskussionen. Walter Gerber (BDP, Direktor GLB) brachte es auf den Punkt: «Mit Ausnahme der Gewichtsbeschränkung liegen keine erheblichen Sicherheitsmängel vor. Die Gemeinde ist kaum verpflichtet, eine 40-Tonnen-Erschliessung zu gewährleisten.» Eine Allianz aus SP und BDP sowie Teilen der

FDP bodigte das Geschäft mit 21:15 Stimmen und wies es an den Gemeinderat zurück.

ARA-Brücke kein Sanierungsfall

Schon fast prophetisch mutet das damalige Votum meiner Fraktionskollegin Agathe Aschwanden an, die bei der Beratung im GGR darauf hinwies, dass die Brücke bei schweren Unwettern gefährdet sei und fragte: «Was passiert, wenn die Brücke saniert und kurz darauf bei einem Unwetter beschädigt wird?». In der Zwischenzeit veranlassten nämlich neue Einschätzungen des Hochwasserrisikos den Gemeinderat, das Geschäft in anderer Form und mit anderer Begründung dem GGR erneut vorzulegen: Neubau der Brücke mit Hubmechanismus, die ein dreihundertjähriges (!) Hochwasser unbeschadet überstehen kann. Kostenpunkt: Fr. 1.57 Mio. (Folgekosten während 40 Jahren: Fr. 54'950.- pro Jahr!). Die Fraktionen SP und GLP wehrten sich am GGR vom 18. März 2019 geschlossen, jedoch leider erfolglos, gegen dieses Geschäft.

Unsere Argumentation:

– Die ARA-Brücke ist kein Sanierungsfall und würde mit der heutigen Gewichtsbeschränkung noch viele Jahre ihren Dienst tun.

– Die betroffenen Unternehmen haben sich mit der Gewichtsbeschränkung offensichtlich arrangiert, deshalb wird dieser Punkt sowohl in der Vorlage als auch in der Botschaft zur Urnenabstimmung gar nicht mehr erwähnt (In der Vorlage 2013 wurde noch von Mehrkosten nur bei ARA und AVAG von Fr. 72'000.- pro Jahr gesprochen!)
– Es ist ökonomisch und ökologisch unsinnig, funktionierende Infrastruktur wegen Hochwassergefahr vorzeitig zu ersetzen. Allfällige Hochwasserschäden an der Brücke sind durch die Elementarschaden-Versicherung gedeckt.
– Langnau braucht ein umfassendes und vernünftiges Hochwasserschutzkonzept, bevor unkoordiniert Steuergelder in Millionenhöhe ausgegeben werden.
– Und last but not least: Die eklatante Zunahme des Hochwasserrisikos hat ihre Ursache in der globalen Klimaerwärmung. Es ist deshalb vordringlich, alles zu unternehmen, um den CO²-Ausstoss unserer Gemeinde zu verringern (aktuell die Bekämpfung einer Zusatzheizung der Stiftung Lebensart, die mit Heizöl betrieben werden soll!).

Renato Giacometti

Daniela Bärtschi, Nationalratskandidatin der SP Region Langnau, stellt sich vor

«Nur die Faust im Sack zu machen, verändert nichts»



Die 44-jährige Abteilungsleiterin für KV und Detailhandel am Bildungszentrum Emme und dreifache Mutter über ihr Leben, ihre politischen Vorstellungen und Ziele.

Daniela, warum kandidierst Du für den Nationalrat?

Weil ich es wichtig finde, dass die Menschen, auch und gerade im Emmental, eine Alternative haben zur bürgerlichen Politik. In den letzten vier Jahren haben wir erlebt, welchen Schaden eine solche Politik anrichten kann. Aber nur die Faust im Sack zu machen, bringt nichts, deshalb habe ich mich entschlossen, zu kandidieren. Ausserdem komme ich aus einer politischen Familie, meine beiden Eltern sind, seit ich mich erinnern kann, SP-Mitglieder. Wir haben immer viel über Politik gesprochen, und es hat mich früh interessiert, wenn meine Eltern die Stimm- und Wahlunterlagen ausgefüllt haben. In meiner Gymzeit kann ich mich gut an die FA18-Kundgebung erin-

nern und ich war am ersten Frauenstreiktag 1991 dabei.

Was fasziniert Dich an der Politik und welche politischen Ziele verfolgst Du?

Mich fasziniert, dass man in der Schweiz viel mitbestimmen kann, dass wir sehr aktiv an der Politik teilnehmen können und dass man auch dann etwas bewirken kann, wenn man keine Millionen zur Verfügung hat. Als langjährige Lehrerin liegt mir natürlich die Bildung sehr am Herzen. Bildung ist zentral, um seinen Platz in der Gesellschaft zu finden und sein Leben zu bestreiten. Dazu braucht es eine starke Volksschule, eine zeitgemässe Berufsbildung und eine effiziente Mittelschulbildung. Des Weiteren setze ich mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein: Es kann nicht sein, dass derart viele gut ausgebildete Frauen nicht oder nur tiefprozentig arbeiten, weil das System kaum Möglichkeit bietet, Familie und Beruf zu vereinbaren. Ausserdem soll und muss die Schweiz ihr soziales und humanitäres Engagement weiterführen, sei es im Inland, um sozial schwächere und benachteiligte Menschen zu stützen, sei es im Ausland.

Welche Erfahrungen haben Dich in Deinem Leben besonders geprägt?

Während meinen Sprachaufenthalten und Reisen in Lateinamerika habe ich vieles gesehen und erlebt, was meine Vorstellungen über das Leben massgeblich beeinflusst hat. So war ich überwältigt von der Gastfreundschaft und der Freundlichkeit, aber auch von der Armut in diesen Ländern. Danach verstand ich viel besser, dass so vieles für uns Selbstverständliche, eben nicht selbstverständlich ist. Viele Kinder, die ich in Bolivien betreute, mussten täglich mit der einen Mahlzeit auskommen, die wir für sie im Kinderhort kochten und sehr viele konnten keine ordentliche Schule besuchen.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir eine Schweiz, die ihr tolles Bildungssystem mit einer staatlichen Grundschule und einer starken Berufsbildung behält. Eine Schweiz, die andere und anders denkende Menschen respektiert, wo Toleranz gelebt wird und eine Schweiz, die interessiert und neugierig in die Welt hinausschaut, aber auch stolz darauf ist, dass sie ein «Spezialfall» ist und sich nicht in allem anzupassen braucht.

Interview
Stefanie Strahm

Arno Jutzi, SP, Gemeindepräsident von Signau

«Muss nun in allen Bereichen Bescheid wissen»



Du bist nun seit gut vier Monaten Gemeindepräsident von Signau. Wie hast Du den Start erlebt?

Mit dem neuen Gemeinderat von Signau bin ich gut in die Legislatur 2019-2022 gestartet, die Ressorts konnten einvernehmlich zugeteilt werden. Etwas Unruhe in den courrant normale hat der Rücktritt eines neugewählten Ratsmitgliedes nach einem Spitalaufenthalt im Februar/März gebracht. Trotzdem ist es dem Rat gelungen, sich an einer ersten Klausur auf eine gemeinsame Ausrichtung in der Strategie zu einigen, welche er im Mai definitiv an der zweiten Klausur mit den entsprechenden Legislaturzielen verabschiedet wird.

War der Wechsel vom «gewöhnlichen» Gemeinderatsmitglied zum Präsidenten schwierig? Worauf hast Du geachtet?

Von Anfang an war deutlich zu spüren, dass ich von den verschiedenen Anspruchsgruppen anders wahrgenommen werde. Oft werden von mir auch viel mehr Entscheide als früher erwartet, insbesondere im Rat aber auch in

der Verwaltung. Bei vielen Gesprächen mit der Bevölkerung erlebe ich ähnliches. Neu ist für mich, nicht mehr nur für ein Ressort verantwortlich zu sein, sondern eigentlich noch viel mehr als vorher in allen Bereichen Bescheid wissen zu müssen und somit letztlich auch an der Verantwortung der Ressortleiter/-innen teilzuhaben. Die Präsenzzeiten sind deutlich gestiegen, zudem darf ich die Gemeinde in verschiedensten Gremien vertreten. Das ist interessant, aber auch aufwendig.

Was sind Dir in Deinem Amt deine wichtigsten kurz- und mittelfristigen Ziele?

Grundsätzlich versuche ich, ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung zu haben. Mein kurzfristiges Ziel ist es, den jetzt wieder kompletten Gemeinderat zu konsolidieren. Die Kompetenzen der einzelnen Ratsmitglieder möglichst effizient einzusetzen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen ist mein Anspruch. Zusammen wollen wir die anstehenden Aufgaben lösen. Die erste wird sein, die Abstimmung über den Planungskredit für den Campus vom 19. Mai 2019 zum Erfolg zu führen. Mittelfristig geht es darum, die weiteren Planungsschritte zum Campus Signau 2024 mit breiter Abstützung in der Bevölkerung voran zu treiben und umzusetzen. Dazu

kommen weitere Themen wie Dorfentwicklung und Verkehrsberuhigung, um nur zwei zu nennen. Während der ganzen Legislatur gilt es, den Spagat zu schaffen, einerseits mit den Leistungen der öffentlichen Hand eine attraktive Gemeinde zu sein und andererseits im Hinblick auf die Umsetzung unseres Schulprojektes finanziell zurückhaltend zu agieren. Diese Herausforderung mit dem Rat zu bewältigen ist mein strategisches Ziel.

Interview
Bernhard Antener

Gemeinderat Signau

Iwan Raschle für Peter Stucki

Der im Oktober 2018 für die SP in den Gemeinderat von Signau gewählte Peter Stucki musste sein Amt aus gesundheitlichen Gründen leider niederlegen. Die SP Signau hat nun den 52-jährigen Iwan Raschle (Grafiker und Journalist) nominiert. Er ist vom Gemeinderat als gewählt erklärt worden. Die SP Region Langnau wünscht Peter Stucki rasche Genesung und Iwan Raschle einen guten Start in sein neues Amt.

Vor 90 Jahren

Die Geschichte der Frauennomination

Am 12. Oktober 1929 befasste sich die Arbeiterunion mit Vorschlägen für die Gemeindewahlen am 3. November. Zwei zurücktretende Mitglieder des Gemeinderates, ein Mitglied der Primarschulkommission und eines der Armenkommission waren zu ersetzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Nominierung einer Frau für die Armenkommission. Es handelte sich um die äusserst aktive und links ausgerichtete Babette Röthlisberger. Das war zu diesem Zeitpunkt im ländlichen Langnau wahrlich ein mutig progressives Vorhaben.

Der 29. Oktober

An diesem Tag fand die nächste Sitzung statt. In der Zwischenzeit hatten zwei Mitglieder des Vorstands, der Präsident Karl Sievi und der Protokollführer Ernst Lehmann, Kontakt mit den Bürgerlichen aufgenommen. Warum? Alle eingangs erwähnten Behördemitglieder wurden an der Urne gewählt. Die Anzahl Kandidaturen entsprachen den mit den Bürgerlichen vereinbarten Sitzen. Um Kosten zu sparen, bildeten alle Parteien eine gemeinsame Liste. Nicht aber dieses Mal. Sievi und Lehmann berichteten an diesem Abend über ihr Treffen mit den Vertretern der BGB

(heute SVP) und des Freisinns. Diese hätten die Kandidatur einer Frau rundweg abgelehnt und gedroht, falls die Arbeiterunion an der Kandidatur festhalte, sei eine gemeinsame Liste ausgeschlossen. Da war an dieser Versammlung unter den 32 Anwesenden einer, das war Karl Aeschlimann, der empfand bei diesem Bescheid eine unerhörte Freude und Genugtuung. Ihm waren, als Gegner eines jeden Kompromisses mit den Bürgerlichen, die gemeinsamen Listen stets ein Dorn im Auge gewesen. Er unterstützte alle, die darauf beharrten, dass man an der Kandidatur Babette Röthlisberger festhalte, denn es könne nicht sein, dass die Bürgerlichen bestimmen, wen die Arbeiter aufstellen. Die Nominierung der Frau wurde bestätigt. Übrigens: An diesem Abend war keine Vertretung der Typographia anwesend.

2. November

Das war ein Samstag. Da vernahmen die Leser des Emmenthaler Blattes Folgendes: Die Arbeiterunion schlug für die Armenkommission Frau Babette Röthlisberger vor anstelle des zurücktretenden Herrn Eberhard. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien lehnten die Aufnahme für die gemeinsame Liste ab

und ersuchten die Arbeiterunion um eine andere Kandidatur. Diese wiederum trat darauf nicht ein, was als eine unverständliche Unnachgiebigkeit beurteilt werden musste. Glücklicherweise konnte in der Person von Herrn Marbot, Maschinenmeister, noch rechtzeitig ein Mann aus Arbeiterkreisen gefunden werden, der sich bereit erklärte, auf der bürgerlichen Liste zu kandidieren. (Marbot war Mitglied der Typographia).

3. November

Wahltag: Bürgerliche Liste: Gewählt mit 404 Stimmen Alexander Marbot. Liste Arbeiterunion: Babette Röthlisberger 103 Stimmen. Der Versuch, erstmals eine Frau in eine wichtige Kommission zu delegieren, war gescheitert.

Ein Nachspiel

Am 9. Februar 1930 erklärte die Typographia ihren Austritt aus der Arbeiterunion. Dies wegen eines beleidigenden Artikels in der Berner Tagwacht zur Wahl in die Armenkommission und einer Frau im Vorstand. Die Frau im Vorstand war Babette Röthlisberger. Sie erledigte die Korrespondenz.

Martin Jäggi

Pfifunter
Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

links i.E.
Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich und kann gratis abonniert werden.
links i.e., Postfach 569, 3550 Langnau

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe
Unia Region Oberaargau-Emmental
Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

SAH Bern ETCETERA
Soziale Arbeitsvermittlung
Wir unterstützen Sie!
Hilfe im Haus, Garten, bei Umzügen und Dienstleistungen aller Art
Kontaktieren Sie uns
034 402 73 82
etcetera.langnau@sah-be.ch
www.etcetera.sah-be.ch

BETTENHAUS Lehmann
FÜR GESUNDES SCHLAFEN
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN VORHÄNGE
SCHRÄNKE BODENBELÄGE

The best things in life aren't things.
Art Buchwald
Abakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abakadabra-treuhand.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

-N-ä-h-a-t-e-l-i-e-r-
Barbara Egger - Dorfstrasse 4 - 3550 Langnau
Ich nähe Neues und ändere Altes:
Textilien für die Inneneinrichtung,
Damen- und Herrenkleider
Öffnungszeiten:
Dienstag-Freitag 9.30-11.30
Telefon 034 402 31 09

Kleiner Gemeinderat

Niklaus Müller Oberstrasse 34 3550 Langnau Tel. 034 402 18 77 mueller.niklaus@bluewin.ch Kultur, Standortmarket., Tourismus	Susanne Kölbl (parteilos) Dorfberg 554 3550 Langnau Tel. 034 402 73 00 susanne.koelbli@dorfberg.ch Sozialwesen, Kinder und Jugend	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	--	---

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agatha Aschwanden	GPK, Finanzkommission	034 402 74 02	agatha.aschwanden@dorfberg.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Martin Lehmann	Geschäftsprüfungskomm.	079 476 05 66	mlk@sunrise.ch
Salome Maurer		079 635 98 10	sali_maurer@hotmail.ch
Christian Oswald		079 703 93 83	christianoswald@hotmail.com
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger		034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Stefanie Strahm	SP Fraktionsleitung		stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Gremium

Telefon

Mail

Bernhard Antener		034 402 22 68	bernhard@anteners.ch
Ruth Antener	Kassierin, SeniorInnen	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Florian Haldemann	Sekretär	079 485 58 90	florian.haldemann@unia.ch
Niklaus Gerber	Vertr. Lauperswil/Rüderswil	079 677 95 77	niklaus.gerber@gmail.com
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger		034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Stefanie Strahm	Verbindung GGR		stefanie.strahm@gmx.ch
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressum

SP/links i.E.

Mühlegässli 1, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung:
Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

TERMINE

Mo 13.05.	19.30 Uhr	Vorstand SP Region Langnau
So 19.05.		Eidg., kant. und kommunale Abstimmung
Sa 25.05.	10.00 Uhr	Parteitag SP Kt. Bern in Utzenstorf
Do 13.06.	19.30 Uhr	Vorstand SP-Regionalverband Emmental
Mo 17.06.	19.30 Uhr	SP-GGR-Fraktionssitzung
Sa 22.06.	9.00 Uhr	SP Region Langnau Strategie-Retraite
Mo 24.06.	19.30 Uhr	GGR-Sitzung
Di 13.08.	19.30 Uhr	SP-GGR-Fraktionssitzung
Mo 19.08.	19.35 Uhr	GGR-Sitzung
Do 29.08.	19.30 Uhr	Vorstand SP Region Langnau
Do 12.09.	19.30 Uhr	Vorstand SP-Regionalverband Emmental
Sept.	19.30 Uhr	Sektionsversammlung SP Region Langnau (Datum offen)

WIR GRATULIEREN

- 2. Juli** *Peter Zürcher (89)*
- 24. Juli** *Hans Zaugg (89)*
- 15. August** *Elisabeth Meyer (89)*
- 31. August** *Rosa Steuri (80)*

Ganz herzlich gratulieren wir den Jubilarinnen und Jubilaren zu ihrem Geburtstag und wünschen ihnen beste Gesundheit fürs neue Lebensjahr.
Vorstand SP Langnau

